

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

SOLWODI engagiert sich bereits seit 1987 für Frauen in Notsituationen. Auch und gerade Frauen, die durch Menschenhandel und Zwangsprostitution nach Deutschland gekommen sind, finden hier eine Anlaufstelle und Hilfe. Für dieses Engagement möchte ich allen bei SOLWODI von Herzen danken.

Die Arbeit von SOLWODI ist über die Jahre leider nicht einfacher geworden. Im Gegenteil: Fachleuten zufolge hat sich die Lage von Prostituierten seit der Einführung des Prostitutionsgesetzes im Jahr 2000 verschlechtert. Demnach werden Frauen, die sich prostituieren (müssen), zunehmend als bloße Ware wahrgenommen. Auch die Bekämpfung der Zwangsprostitution durch die Behörden gestaltet sich immer schwieriger. Diese Entwicklung ist umso bedauerlicher, als es erklärtes Ziel des Prostitutionsgesetzes war, die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern. Zuvor war die Ausübung der Prostitution in Deutschland zwar schon seit 1927 nicht verboten, sie galt aber durch höchstrichterliche Rechtsprechung als sittenwidrig. Heute muss man jedoch das Fazit ziehen, dass das Prostitutionsgesetz längst nicht alle Ziele erreicht hat. Insbesondere durch die europäische Osterweiterung haben Zwangsprostitution und Menschenhandel deutlich zugenommen. Deshalb brauchen wir dringend Lösungen, um dagegen vorgehen zu können.

Der Vorschlag von SOLWODI ist ein europaweites Prostitutionsverbot nach schwedischem Vorbild. Dazu wurde die Unterschriftenkampagne „Mach den Schluss-Strich“ ins Leben gerufen. Ich habe gerne und aus tiefer Überzeugung meine Unterschrift gegeben und wünsche der Kampagne viel Aufmerksamkeit und Erfolg.

Auch ich halte ein allgemeines Prostitutionsverbot für die beste Lösung. Bei einem Prostitutionsverbot nach schwedischem Vorbild werden nur die Freier bestraft, nicht aber die Prostituierten. Das Land hat damit viele positive Erfahrungen gemacht: Die Prostitution ist deutlich zurückgegangen, Menschenhandel kann besser bekämpft werden. Schweden ist heute kein lukrativer Markt mehr für Menschenhändler. Der Erfolg des Modells zieht Kreise: Norwegen und Irland haben das schwedische Modell bereits übernommen, Frankreich bereitet die Übernahme des Modells derzeit vor.

Für Deutschland muss man konstatieren, dass es für ein allgemeines Prostitutionsverbot zurzeit weder gesellschaftliche noch politische Mehrheiten gibt. Zumindest aber plant die Bundesregierung neue Regelungen zur besseren Regulierung der Prostitution. Persönlich halte ich das nur für die zweitbeste Lösung. Für mich ist aber auch klar: Solange ein generelles Verbot in Deutschland nicht mehrheitsfähig ist, bin ich für eine möglichst weitreichende Regulierung der Prostitution. Dadurch werden Prostituierte wenigstens etwas bes-

ser geschützt – und das ist das Allerwichtigste. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass sich auch Deutschland über kurz oder lang einem allgemeinen Prostitutionsverbot nicht verschließen kann.

Katrin Altpeter MdL  
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg